Nummer 70 Halle, Sonntag, den 23. März 1924 59 Jahrgang
Straßenverkauf: 100 Milliarden.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ✦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.68 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 82815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Ist das der richtige Zug nach rechts?

Der „Zug nach rechts" ist die große Gelegenheit für alle Konjunkturpolitiker. „Einsteigen!" rufen sie, „einsteigen!" Gewiß, die Züge nach rechts sind da, aber welcher ist richtig? Bis jetzt war es noch nicht möglich, etwas wirklich Genaues über die Fahrpläne und das Stationsverzeichnis zu erfahren. Es sei deshalb wenigstens die Frage gestattet, wer die Züge führen sind. Der Münchener Prozeß hat doch gezeigt, daß das deutsche Volk durch gewisse „Züge nach rechts" ebenso niedergefahren und überfahren werden kann, wie es durch den „Zug nach links" geschehen ist. Die Zugführer? Sind es die Herren, die sich im Münchener Prozeß gegenseitig das Zeugnis der Unfähigkeit ausstellen? Da ist zunächst der Generalstaatskommissar von Kahr, von dem Hitler sagt, daß er kein Bismarck war, sondern eben nur eine Exzellenz von Kahr. Da wir ihn niemals für einen Bismarck gehalten haben, wollen wir auch die liebelosen Urteile darüber nicht wiedergeben, die heute das „Kreuz ihn!" der Enttäuschten rufen. Auch über Sudendorff und Hitler wollen wir mit dem eigenen Urteil zurückhalten und nur nachdrucken, was der deutschnationale „Berliner Lokal-Anzeiger" über die politischen Qualitäten dieser beiden Männer sagt. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" gehört ja zu den Blättern, die täglich ihren Publikum zurufen: „Der Zug nach rechts ist da! Einsteigen, einsteigen!"

Der „Berliner Lokal-Anzeiger" vom 18. März schreibt über Ludendorff:

„Man hört den Leviathan des Weltkrieges einen langen Zeitungsartikel verfassen, ein für Ludendorffs Verhältnisse erstaunlich kurzes Preislied auf die völkische Bewegung, das immerhin politisch außerst reich genug ist, um einen — nicht zum Anhänger der Politiker Ludendorff und Hitler zu machen. Seinen Angelpunkt hat dieses politische Pronunciamiento in einem Gedankenschachter, das einem peinlich wohl bekannt ist aus den Schriften Plitisch Ulianow Lenins: Durch vorübergehende Diktatur einer Minderheit zur Erlösung der Gemeinschaft! Nur daß es bei Lenin hieß: „Diktatur des Proletariats", während es bei Ludendorff heißt: „Völkische Diktatur".

Was sagt derselbe Lokalanzeiger über den Heros Adolf Hitler?

„Trotz allem", heißt es, „trotz Schwung der Rednerklippen, trotz Verstiftheit in den Rausch einer „angeborenen Propaganda", trotz seiner ehrlichen Besessenheit von der Idee, daß eine „unermüdliche Propagandawelle" ohne weiteres deutsches Schicksal tragen könnte — trotz allem ist Hitler ebenowenig wie Herr von Kahr ein neuer Bismarck. In allem sind sie Gegensätze, in diesem sind sie eins. Man möchte von ihm sprechen mit dem Dichter Er ist nur ein Trompeter, und doch bin ich ihm gut'. Seine nächsten Freunde und er selber erkennen etwas von dieser Wahrheit, statt Trompeter sagen sie nur Trommler".

Diese „Trommler" wollten uns regieren. Wäre ihr wahnsinniges Beginnen geglückt, sie hätten — man kann es nicht oft genug sagen — nur zum letzten Gang getrommelt. Die anderen Diktatoren und Direktoren haben sich mehr im Hintergrund gehalten. Aber auch sie treten aus dem gefliessentlich gewählten Halbdunkel erkennbar genug hervor. Bevor sich nun einen Herr Marx Mann dem wir hätten vertrauen dürfen? Antwort gibt die „Teutsche Allgemeine Zeitung" in ihrer Nummer 128. Sie schreibt in einer Betrachtung über „Sinn und Ziel der Reichstagswahlen":

„Woran liegt es, daß der Diktaturgedanke ebenso Schiffbruch gestiten hat wie der Parlamentarismus? Persönlich gesahrt: weil das einzigartige Genie in Deutschland fehlt, das soviel Taktkraft mit soviel politischer Weisheit verbände; wir wollen doch nicht übersehen, daß die Aufgabe eines Diktators in Italien oder Spanien Kinderspiel ist neben der Aufgabe eines Diktators im geschundenen, bankrotten, innerlich zerklüfteten Deutschen Reiche. Der müßte — und das ist die andere, die sachliche Seite — nur Außenpolitiker in dem obenbezeichneten Sinne sein, das heißt nur an die Zusammenfassung aller Kräfte zur Befreiung des Vaterlandes denken und sich den Teufel um den deutschen Parteikram kümmern. Unsere Diktaturprätendenten aber, mochten sie den (mißverstandenen) Bismarck im Munde führen oder nicht, waren alesamt Innenpolitiker, wollten erst die „Marxisten" und die Juden, manche auch noch die Katholiken und die Demokraten niederzwingen, um dann — ein tief uneiniges zerriebenes Volk gegen den äußeren Feind zu führen."

Damit ist das Urteil wohl auch über diejenigen gesprochen die bereit waren, den Münchener Putsch durch einen kräftigen Stoß aus dem Norden zu unterstützen. Vor diesem Stoß sind wir auch heute noch nicht endgültig sicher. Der bekannt alldeutsche Justizrat Claß ist so ehrlich, in der „Deutschen Zeitung" Nr. 124 vom 16. März sich erneut zu den Münchener Plänen von der „legalen" Diktatur zu bekennen. Er sieht das einzige Ziel der Reichstagswahlen darin, eine sogenannte „legale" Diktatur herbeizuführen, da der Weg zur Rettung nur über die Diktatur gehe. Der Zug nach rechts ist für ihn der Zug zur Diktatur. Soll das heißen, daß uns bei einem völkischen Wahlsieg eine Wiederholung des Münchener Trauerspiels mit allen seinen Folgen bevorsteht? Die Münchener Zugführer wollten bekanntlich nach dem Muster des Herrn Claß auch nur die „legale Diktatur". Diese Diktatur könnte nach wie vor nur auf dem Wege des Staatsstreichs und des Bürgerkriegs eingeführt werden. Darum Vorsicht! Nicht jeder Zug nach rechts führt in die Freiheit. Unser Rettungsweg ist ein steiler Berg weg. Wenn der Zug nicht langsam fährt, wenn der Unterbau nicht sorgfältig gebaut ist, wenn der Zugführer und das Fahrpersonal nicht vorher erkundet haben, ob die Strecke frei und fahrbar ist, dann ist es Zusammenstoß und Absturz. Die Veröffentlichung der geheimen Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei dürften auch den politisch Blinden die Augen darüber geöffnet haben, daß der in München mit deutschnationaler und völkischer Unterstützung aus Norddeutschland geheizte „Zug nach rechts" uns alle in den Abgrund gestürzt hätte, wenn er wirklich München verlassen hätte. Deshalb verleugnet man jetzt das Münchener Unternehmen. Von einem solch gefährlichen „Zug nach rechts" will man nichts gewußt haben. Die Ausrede kommt etwas spät; sie erfolgt erst während des Münchener Prozesses und vor den Wahlen. Verdienen die Leugner Glauben? Unterschätzen und gegenseitig schenken sie sich keinen Glauben! Das hat jede Stunde des Münchener Prozesses bewiesen.

Deutsches Volk, könntest du jenes Vertrauen aufbringen, das die völkischen und deutschnationalen Herrschaften nicht einmal gegenseitig aufeinander haben? Willst du auch rechts fahren, dann steig in den richtigen Zug. Auch die Deutsche Volkspartei fährt nach rechts, aber nicht durch Bürgerkriege und Verfassungsbrüche. In mühsamer, positiv aufbauender Arbeit hat sie vier Jahre lang am Streckenbau gearbeitet. Willst du mithelfen, dann steig ein! Freie Fahrt und ein sorgenloses Leben kann sie dir indes nicht versprechen. Nach ihrer Auffassung führt der Weg zur Freiheit nur durch Arbeit und Opfer! Von den Fahrgästen erwartet sie, daß sie sich zu der nationalen Schicksalsgemeinschaft bekennen, die Volk, Parteien und Regierung unlösbar miteinander verbindet.

G. H. K.

Der Landtag vertagt.

Der Preußische Landtag bestimmte in seiner Freitag-Sitzung durch seinen Aeltestenrat, daß der Initiativantrag der Deutschen Volkspartei und des Zentrums über Bestimmung des 1. Juni als Wahltag für die Gemeindewahlen in einer besonders anberaumten Sitzung, und zwar am 3. April, zur Beratung gestellt werden soll. Das Haus selbst erledigte zunächst ohne Aussprache eine Reihe kleinerer Gegenstände. Sodann begründete der Abg. Rosenfeld (Soz.) die große Anfrage seiner Fraktion über die Umgestaltung der Rechtspflege. Justizminister am Zehnhoff legte darauf in längeren

Unsere Reichsfinanzen.

Der Goldhaushaltsplan.

5,1 Milliarden ordentliche Einnahmen.

Berlin, 22. März. Der Haushalt des Reiches für das Jahr 1924 ist festgestellt unter Voraussetzung der Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet, einer Wiederherstellung der Verwaltungs- und Steuerhoheit des Reiches und der beteiligten Länder im besetzten Gebiet und des Zufließens der dort zu erhebenden Abgaben in die öffentlichen Reichs- und Landeskassen. Im ordentlichen Haushalt setzten sich die Einnahmen zusammen wie folgt:

Aus der Einkommensteuer 1 344 000 000 Goldmark, aus der Körperschaftssteuer 144 000 000, aus der Vermögenssteuer 376 000 000, aus der Erbschaftssteuer 30 000 000, aus der allgemeinen Umsatzsteuer 1 260 000 000, aus der erhöhten Umsatzsteuer 180 000 000, aus der Grunderwerbssteuer 150 000 000, aus der Gesellschaftssteuer 34 000 000, aus der Börsenumsatzsteuer 62 000 000, aus der Körperschaftssteuer 50 000 000, aus der Rennwettsteuer 40 000 000, aus der Wechselsteuer 65 000 000, aus der Beförderungssteuer 320 000 000 insgesamt aus **Steuern 4 004 000 000 Goldmark.** Aus Zöllen und Verbrauchssteuern: Aus Zöllen 160 000 000, aus Tabak 360 000 000, aus Bier 126 000 000, aus Wein 36 000 000, aus dem Branntweinmonopol 120 000 000, aus der aus Zucker 232 000 000, insgesamt 1 080 000 000 Goldmark. Dazu kommen verschiedene Verwaltungseinnahmen mit 60 000 000 so daß

die Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushalts 5 144 000 000 Goldmark betragen.

Ausgaben: 1. Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld 156 Millionen Goldmark; 2. für Kriegsbeschädigtenfürsorge, Militär- und Kriegsversorgung 810 000 000 Goldmark; 4. für die Polizei 208 000 000; 5. a) für wirtschaftliche Zwecke 20 000 000; b) für kulturelle Zwecke insgesamt 8 260 000 Goldmark; 6. für Erwerbslosenfürsorge 500 000 000; 7. für sonstige soziale Ausgaben insgesamt 360 000 000 Goldmark. Die Finanzverwaltung und Steuererhebung erfordert 380 000 000 Goldmark. Für allgemeine Verwaltungsausgaben sind folgende Ausgaben vorgesehen: Reichspräsident, einschließlich Bureau 231 000 Goldmark, Reichstag 3 546 000 Goldmark. Reichskanzler und Reichskanzlei 396 000 Goldmark, Auswärtiges Amt 31 000 000 Goldmark, Reichsministerium des Innern 29 109 000 Goldmark, Ministerium für das besetzte Gebiet 3 088 000 Goldmark, Reichswirtschaftsministerium 7 000 000 Goldmark, vorläufiger Reichswirtschaftsrat 800 000 Goldmark, Reichsarbeitsministerium 28 546 000 Goldmark, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft 3 300 000 Goldmark, Reichsverkehrsministerium 55 000 000 Goldmark, Allgemeiner Pensionsfonds 31 000 000 Goldmark, Rechnungshof 1 295 000 Goldmark, Reichsfinanzministerium 13 876 000 Goldmark, Ministerium für Wiederaufbau 9 600 000 Goldmark, Allgemeine Finanzverwaltung 17 147 000 Goldmark. Die Steuerüberweisung an Länder und Gemeinden erfordert 1 800 000 Goldmark.

Der außerordentliche Haushalt

sieht unter den Einnahmen 130 000 000 vor, von denen 90 000 000 Gewinn aus der Münzprägung sind. Die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts setzen sich wie folgt zusammen: 1. Kriegsschäden und Beseitigung von Kriegsfolgen 6 000 000, 2. öffentliche Bauten, insbesondere Wasserstraßen, 440 713 500 000; 3. Abwicklung der Kriegsausgaben 20 000 000; 4. Abwicklung der Ruhrausgaben 60 000 000. Für die

Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrages

sind vorgesehen: 1. Reparationszahlungen 52 000 000; 2. Ausgleichsverfahren 6 000 000; 3. Besatzungskosten 360 000 000 und zwar Unterhaltung der Besatzungstruppen 182 000 000, Ersatz für Personenschäden 505 000, Grundstückserwerbung, Neu- und Umbauten 64 000 000, Instandhaltung der Baulichkeiten 28 000 000, Einrichtungsgegenstände 9 000 000, Feuerung und Beleuchtung 17 000 000, Geschäftsbedürfnisse 2 000 000, Post und Telegraphen 4 495 000, Ruhrbesetzung 53 700 000; 4. Rheinlandkommission 34 000 000; 5. andere alliierte Kommissionen 18 000 000; 6. Restitutionen, Entsestigung 10 000 000; 7. innere Ausgaben 160 000 000 und zwar Kosten für elsaß-lothringische Beamte 8 000 000, Besatzungszulagen 12 000 000, Entschädigung für Gewaltschäden 20 000 000, Umstellung von Munitionsfabriken 9 000 000, für verdrängte Beamte 25 000 000. Flüchtlingsfürsorge 2 000 000, für Grenzbahnhöfe und Eisenbahnanlagen an der neuen Grenze 20 000 000, Rückzahlung der Kohlenvorschüsse 8 000 000, vermischte Ausgaben 56 000 000. Die Summe der Ausgaben für die Ausführung des Vertrages von Versailles beträgt also 640 000 000 Goldmark.

Darlegungen die Stellung der preußischen Regierung zu dem Justizabbau dar und ließ keinen Zweifel darüber, daß auch er Bedenken mancherlei Art gegen die Neuregelung habe. Die Maßnahmen seien aber nur vorübergehend und als ein notwendiges Uebel in den Kauf zu nehmen. Die Abgg. Oppenhoff (Ztr.) und Eichhoff (DVP.) wiesen auf die Vorzüge der Notverordnungen hin. Es würden Richterkräfte erspart, die Laien würden stärker beteiligt, und eine alte Forderung werde erfüllt, indem die Berufung gegen alle Urteile eingeführt sei. Mannigfache Debatten brachte eine Rede des deutschnationalen Abg. Dr. Deerberg zum Ausdruck. Er rügte insbesondere, daß bei Beleidigungsprozessen gegen ein Urteil nur der Gnadenerweis zulässig sei. Darauf ging das Haus bis zum 3. April in die Ferien.

Die Neuordnung des Schulwesens.

Das Kultusministerium hat soeben eine Denkschrift herausgegeben, die unter dem Titel: „Die Neuordnung des preußischen höheren Schulwesens" im Buchhandel erschienen ist. Die von dem Ministerium geplante Reform ist keine Folge von Sparmaßnahmen, sondern es sollen jetzt Pläne endgültig verwirklicht werden, die schon lange vor der Revolution von den Schulreformern vertreten wurden. Hauptziel der Reform ist die organische Verbindung der höheren Schulen mit der Volksschule und der Hochschule. Das humanistische Gymnasium bleibt erhalten. Das Realgymnasium erhält als neusprachliches Gymnasium die Sonderaufgabe, den inneren Zusammenhang der deutschen Kultur mit den westlichen Kulturen bewußt zu machen. In der Oberrealschule übernehmen die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer die Führung. Verhältnismäßig unbedeutenden Veränderungen werden die Mädchenschulen unterworfen. Die Wochenstunden werden herabgesetzt, die 45-Minuten-Stunde bleibt beibehalten. Die Leibesübungen sollen verstärkt werden. Der Nachmittag soll vom Unterricht frei sein. Die Reform erfolgt in einer organischen Fortbildung der geschichtlich gewordenen Schularten.

Dementis aus Prag und Paris.

Die tschechisch-französischen Geheimdokumente.

Berlin, 22. März. **Paris und Prag dementieren den vom „Berliner Tageblatt" geltern veröffentlichten französisch-tschechischen Geheimvertrag. Gleichzeitig veröffentlicht die „Prager Presse" Nachträge von 1921, deren Veröffentlichung das „B. T." ankündigte und die es gleichfalls als Falsifikat bezeichnet.**

Das französische Ministerium des Aeußern teilt in der Angelegenheit nachstehende Note mit: „Oktober 1918 ist kein franko-tschechoslowakischer Vertrag abgeschlossen worden. Ende Dezember 1918 fanden lediglich Besprechungen zur Entsendung einer französischen Militärmission nach Prag statt. Diese Besprechungen sind mit der Ernennung des Generals Pellet Februar 1919 zum Abschluß gelangt. Der Leiter der französischen Militärmission hatte die Aufgabe, als Generalstabschef der tschechoslowakischen Armee zu fungieren. Die Aufgabe wird seitdem von dem General Michelheuser erfüllt. Da zu diesem Zeitpunkt außerdem der Friedenszustand noch nicht hergestellt war, wurde die tschechoslowakische Armee unter denselben Bedingungen wie die anderen verbündeten Armeen unter das Oberkommando des Marschalls Foch gestellt. Die von dem „Berliner Tageblatt" veröffentlichten Angaben sind völlig erfunden. Was die Bedingungen eines eventuellen militärischen Zusammenwirkens der beiden Länder anbelangt, so sind sie ausführlich in dem Vertrage vom 25. Januar 1924, der veröffentlicht und dem Völkerbund mitgeteilt wurde, angegeben. Es ist den beiden Regierungen nie eingefallen, sie in einem anderen Geiste aufzufassen."

Poincare und Macdonald.

Paris, 22. März. **Der Quai d'Orsan leugnet alle Nachrichten ab, die von einem neuen Briefwechsel Macdonald-Poincaré zu reden wußten. Auch habe Poincaré in London, so wird hinzugefügt, keinerlei Erklärung über die Sicherheitsfrage abgegeben.**

Das Gerücht, Ramsay Macdonald habe sich erneut schriftlich an Poincaré in der Frage des Sicherungsproblems gewandt, ist auch von maßgebenden Londoner Persönlichkeiten nicht bestätigt worden. Dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph" zufolge erwartet man in London vielmehr, und zwar in den nächsten Tagen, eine Mitteilung Poincarés hinsichtlich der französischen Sicherung.

*

Paris, 22. März. Nach bestimmten Anzeichen zu urteilen, plant die französische Regierung noch vor dem Abschluß der Sachverständigenarbeiter eine Aussprache mit dem englischen Kabinett über das Sicherungsproblem und wahrscheinlich auch über das Reparationsproblem. Der „Temps", das offiziöse Pariser Blatt, empfiehlt eine sofortige französisch-englische Rücksprache

1. hinsichtlich der Reparationen, zumal in der Frage der interalliierten Schulden, und zur Ermittelung des Betrages, den das britische Schatzamt von Frankreich einzuziehen beabsichtigt.
2. zur Verhandlung des Sicherungsproblems.

Der „Temps" schlägt hier eine Lösung vor, die sich im großen und ganzen mit dem von Lord Grey vorbereiteten und befürworteten Standpunkte deckt.

Die deutschen Budgetsachverständigen

Paris, 22. März. Die deutschen Finanzsachverständigen, die in Begleitung von Staatssekretär Fischer erschienen, sind von dem Ausschuß für Budgetfragen während nahezu drei Stunden angehört worden. Die Herren haben sich hauptsächlich zu den verschiedenen Möglichkeiten geäußert, die Einnahmen des Reiches im Hinblick auf baldige Reparationszahlungen zu vermehren. Wenn bis heute keine neue Beratredung erfolgt, dürften die Herren bereits übermorgen die Rückreise nach Berlin antreten. Dr. Schacht, der mit den Sachverständigen nicht zusammengekommen ist, hält sich zu ihrer Verfügung. Er wird voraussichtlich erst am Montag von neuem gehört werden.

*

Paris, 22. März. (Eig. Drahtmeldung.) Poincaré legt auf eine rasche Abfassung des Sachverständigenberichtes großen Wert. Er hat dem „New York Herald" zufolge den französischen Delegierten angewiesen, auf eine schnelle Beendigung der Arbeiten zu dringen.

Vertrauensvotum für Theunis.

Brüssel, 21. März. Nach einer Intervention des liberalen Abgeordneten Janjen zugunsten der Regierung hat die Kammer mit 92 gegen 69 Stimmen dem Kabinett das Vertrauen ausgesprochen. Gegen die Regierung stimmten die Sozialdemokraten, dafür die Katholiken und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240323014/fragment/page=0001

Zeugenvernehmung im Zeignerprozeß.

Leipzig, 22. März. Zu Beginn der Freitagsverhandlung gegen Zeigner beantragte Rechtsanwalt Marschner die Ladung einer Reihe von Zeugen, welche bekunden sollen, daß Zeigner frei von Habsucht und stets hilfsbereit war und den größten Teil seines Eigentums gemeinnützigen sozialistischen Zwecken zuwandte. Hierauf wird Bürgermeister Naumann aus Pegau als Zeuge vernommen, der für die Glaubwürdigkeit von Zeigner eintritt und mitteilt, daß er ihm bereits vor mehreren Jahren mitgeteilt habe, daß Dr. Zeigner, der als Schreiber im Vorzimmer des Komandneurs tätig war, ihm gesagt habe, wenn er 3000 bis 5000 Mark ausgebe, so würden seine Akten verbrannt werden. Der Gerichtsarzt Dr. Schütz berichtet dann über seine Untersuchung des Zeugen Weiner. Er kommt zu dem Schluß, daß dieser zwar eine gewisse Nervosität zeige, aber vollkommen gesund und ganz einwandfrei wäre. Zeuge Priborski bekundet: Die Schmuckſachen seien für Möbius bestimmt gewesen, da er den Eindruck hatte, daß der Minister doch nichts annehmen würde. Der Vorsitzende nimmt diese Aussage zum Anlaß, den Zeugen zu fragen, ob er von irgend jemand beeinflußt sei, diese im Widerspruch zu seiner ersten Aussage stehende Bekundung zu machen. Zeuge verneint dies fritte. Nach einem kurzen weiteren Frage- und Antwortspiel tritt Frau Friedrichsen vor und erklärt:

ihr sei schon am Mittwoch aus Juwelierkreisen mitgeteilt worden, daß Priborski heute Zeigner entlasten werde.

Hierauf wird der Juwelier Friedrichsen als Zeuge vernommen. Priborski hat ihm gesagt, er betreibe zurzeit die Begnadigung. Der neue Justizminister werde bei seinem Amtsantritt 300 Mann begnadigen, und man müsse sich dazuhalten, daß man auch darunter falle. Möbius könne das vermitteln, es sollten ihm 2060 Mark gegeben werden und 4000 Mark sollten dem Gesuch beigefügt werden. Priborski meinte dann, daß man lieber Schmuckſachen geben solle, weil das billiger käme. **Priborski habe immer betont, Frau Friedrichsen solle die Sachen nicht Möbius, sondern nur Dr. Zeigner persönlich geben.** Um ½2 Uhr tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung kam der Fall Schmerler zur Sprache. Hier handelt es sich um das Gesuch der rumänischen Staatsangehörigen Zacharias und Salomon Schmerler um Aufenthaltsgenehmigung. Salomon Schmerler will auf Anraten des Möbius dem

Dr. Zeigner das Futter zu einem Pelz geliefert haben, für das Zeigner nur einen geringen Preis gezahlt hat.

Salomon Schmerler hat ihn in sein Geschäft eingeladen und ihn gebeten, sich einen Pelz auszusuchen. Auch hat er ihn in einer Weinstube bewirtet. Am Osterſonnabend 1923 habe Schmerler dann einen Pelz für Frau Zeigner geliefert. In der sechsten Abendstunde trat Vertagung auf Sonnabend ein.

Das Urteil gegen die Kahr-Attentäter.

München, 22. März. In dem Prozeß gegen Seidel und Genossen wegen Mordverabredung gegen Herrn von Kahr lautet das Urteil gegen Seidel auf ein Jahr Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

*

München, 22. März. Gestern abend nach Einbruch der Dunkelheit sammelten sich in der Nähe der Absperrung an der Blutenburgstraße größere Menschenmengen an, die trotz Aufforderung nicht auseinandergingen. Infolgedessen wurden mehrere Abteilungen Reichswehr aufgeboten, welche die Umgebung der Blutenburgstraße unter Zuhilfenahme des Gummiknüppels säuberten. An den Straßenkreuzungen nahm je ein Offizier mit einem Hornisten Aufstellung. Die Truppen selbst blieben Gewehr bei Fuß.

Strafanträge und Hitlers Verteidigung

München, 21. März.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung verkündet der Gerichtshof folgenden Beschluß: Die Anträge des Staatsanwalts und der Verteidiger sowie die Reden der Angeklagten werden zunächst in öffentlicher Sitzung verhandelt. Das Gericht behält sich aber vor, im gegebenen Falle die Oeffentlichkeit auszuschließen. Das Gericht hat dem Wunsche der Angeklagten Rechnung getragen, daß sie Gelegenheit haben, ihre

Ehre in voller Oeffentlichkeit zu verteidigen.

Das Gericht gibt sich aber der Erwartung hin, daß sie hierbei Vorsicht walten lassen, und es wird bei jeder Entgleisung unweigerlich für die späteren Ausführungen die Oeffentlichkeit ausschließen. Hierauf erhebt sich der Erste Staatsanwalt Dr. Stenglein zu seinem Plaidoyer: Für die Ereignisse vom 8. und 9. November und die zu ihnen führende Entwicklung treten zwei vom Standpunkt der vaterländischen Sache aus tiefbedauerliche Erscheinungen entgegen. Es ist das einmal die

Zerrissenheit und die Zerklüftung der vaterländisch gesinnten Kreise,

ihre Spaltung in verschiedene Lager, die einander argwöhnisch, mißtrauisch und feindlich gegenüberstehen. Die zweite schädliche Erscheinung sehe ich in der brennenden Ungeduld, die in den nationalen und aktiven Kreisen Platz gegriffen hat, die da meinten, sie könnten mit einem Gewaltstreich das alte Reich in seiner Herrlichkeit wieder aufrichten. Abgesehen von diesen beiden schädlichen Erscheinungen, die zunächst in die Augen springen, liegt die tiefe Wurzel der Geschehnisse in der

Zerrüttung der Staatsautorität, der verlorenen Achtung vor dem Gesetz.

Ein hohes, vielleicht auch sittlich berechtigtes Ziel rechtfertigt nicht die Anwendung verbrecherischer Mittel. Die Weimarer Verfassung bildet die Grundlage des Reiches. Die Gegnerschaft gegen die Verfassung, mag sie auch aus nationalen Gründen berechtigt erscheinen, darf niemals dazu führen, daß versucht wird, sie mit Gewalt zu ändern oder zu beseitigen. Freilich war das

was im November 1918 geschehen ist, ein Verbrechen des Hochverrates.

Allein damals ist die neue Regierung in kurzer Zeit im ganzen Reich vollständig durchgedrungen. Die oberste Regierungsgewalt lag nun tatsächlich in den Händen der Volksbeauftragten, und damit waren die tatsächlichen Zustände in rechtliche umgewandelt worden.

Die Machtbefugnisse der Herren Kahr, Lossow und Seisser gaben ihrer Haltung gegenüber den vaterländischen Verbänden eine besondere Bedeutung. Es besteht in der Politik der Herren Kahr, Lossow und Seisser gegenüber dem Kampfbund nach meiner Ansicht nicht die richtige Klarheit. Das hatte dazu geführt, daß die

Aktionslust der Kampfverbände gesteigert

worden ist. Der Kampfbund ist infolge der Aktionslust seiner Mitglieder den Führern entglitten. Was nun das Verhalten der Herren Kahr, Lossow und Seisser am 8. November betrifft, so darf nicht vergessen werden, daß sie sich damals in einer furchtbaren Zwangslage befanden und daß sie rücksichtslos in den Gewaltstreich hineingeflossen wurden. Die Männer, die das taten, haben eine große Verantwortung und schwere Schuld auf sich genommen. Das Verhältnis Hitlers und seiner Leute bewies, daß sie

zum Aeußersten entschlossen

waren und daß es ein Zurück für sie nicht mehr gab. In dieser Lage haben die Drei ihre Zustimmung erklärt und zwar, wie sie angaben, nur zum Scheine, zur Rettung des durch den Putsch auf das schwerste gefährdeten Staates. Hier wird das Ermittlungsverfahren vielleicht noch Klarheit bringen. Man mag das Verhalten der Drei beurteilen wie man will, mag das Ermittlungsverfahren was immer erbringen, die Verantwortung für das Geschehen und die Folgen ruht auf denen, die die Aktion unternommen haben.

Wie merkt es sich nit dem Vorhaben der Angeklagten, auf das die Verteidigung ein ganz besonderes Gesicht legt, die Drei seien mit ihm

über den Marsch nach Berlin einig gewesen

und die hätten diesen Herren für die Aktion vom 8. November zum Abſprung helfen wollen? Auch hierüber wird das Ermittlungsverfahren Klarheit schaffen. Aber das steht schon jetzt fest: Seit September 1923 war der einmal laut gewordene Ruf: „Nach Berlin" und ohne Zutun der drei Herren zum Kampfruf geworden. Mit diesem Kampfruf knüpfte sich an die vaterländischen Verbände immer mehr der Gedanke an einen militärischen Marsch nach Berlin, der zugleich auch der deutschvölkischen Bewegung im ganzen Reich zum Siege verhelfen wollte.

Der Staatsanwalt ging dann dazu über, die einzelnen von den Angeklagten beabsichtigten Aenderungen der bayerischen und der Reichsverfassung in ihren Paragraphen zu erläutern. Dann kam er auf die Persönlichkeiten der Einzelnen zu sprechen, dabei führte er von Hitler seine Tapferkeit und seine glühende Begeisterung und sein ehrliches Bestreben, in einem unterdrückten Volke den Glauben an sich selbst wieder zu erwecken. Es wäre ungerecht, ihn als Demagogen im üblen Sinne zu bezeichnen. Sein Privatleben habe er immer rein gehalten. Bis zu Anfang 1923 war er auch von persönlichem Streben frei, dann aber erlag er der Einwirkung der immer mehr sich steigernden Verhimmlung der Männer, die ihn im Glauben, er sei der Erretter Deutschlands, bestärkten. Er hat sich hemmungslos über seine Grenzen hinausreißen lassen. Das ist seine tragische Schuld.

Bezüglich Ludendorffs führte der Staatsanwalt aus, er habe sich auch da, wo er gegen das Gesetz verstieß,

als ganzer Mann und tapferer Soldat

gezeigt. Sein Feldherrnruhm sei unberührt geblieben. Aus höchster Begeisterung für die völkische Sache und aus innerstem Pflichtgefühl heraus habe er sich zur Verfügung gestellt. Aber, daß das Gesetz auch ihm gegenüber angewendet werden müsse, werde Ludendorff, der im großen Kriege ein Vorbild strengster Pflichterfüllung gegeben, am besten wissen. Sodann setzt der zweite Staatsanwalt Ehart die Begründung zu Schuldanträgen gegen die übrigen Angeklagten fort. Am Schluß der Plädoyers der beiden Staatsanwälte beantragte der erste Staatsanwalt Dr. Stenglein die Strafanträge, die gestern veröffentlicht worden sind. Ferner beantragt der Staatsanwalt den sämtlichen Angeklagten die erlittene Untersuchungshaft in vollem Maße anzuerkennen. Die Kosten des Verfahrens sind ihnen aufzuerlegen. Staatsanwalt Stenglein bemerkt ferner: Der Vollzug des Gesetzes zum Schutze der Republik ist für Bayern durch die Verordnung des Generalstaatskommissars vom 28. September 1923, die bisher nicht aufgehoben wurde, bis auf weiteres eingestellt. Den Polizeibehörden ist jede Mitwirkung zum Vollzug des Gesetzes untersagt. Dieser Umstand hindert mich, einen Antrag nach Paragraph 9 dieses Gesetzes zu stellen. Dagegen wird das Gericht von Amts wegen die Anwendbarkeiten der Bestimmungen dieses Paragraphen zu prüfen haben. Der Antrag des Staatsanwalts hatte im Zuhörerraum, mit Ausnahme des Antrages gegen Ludendorff, bei dem ein kurzes erstaunites Murmeln hörbar wurde, keine Bewegung ausgelöst. Die Sitzung wurde sodann auf nachmittag 4 Uhr vertagt.

Kurz nach 4 Uhr wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und es beginnt sofort der Verteidiger Hitlers, Rechtsanwalt Roder, mit seinem Vortrag. Der Prozeß selbst zeigt, daß mit ungleichen Waffen gekämpft werden mußte. Die Angeklagten waren von Anfang an in ihrer Verteidigung gehemmt. Der Generalstaatskommissar und seine Leute haben es für nötig befunden, die Zeitungen anzuweisen, alle die Herren und ihre Freunde nicht zu Wort kommen zu lassen. Die völkische Presse war überhaupt verboten. Nicht verboten dagegen wurden Pressestimmen, welche die Angeklagten herunterrissen. Zum Verständnis der Tat der Angeklagten muß man sich in die ungeheuerlichen Zustände zurückversetzen, die im Herbst vorigen Jahres geherrscht haben. Im Reiche machten sich an allen Ecken und Enden die Kommunisten breit, die die

Unzufriedenheit zu Aufruhrszenen benutzten.

Zu der politischen Kalamität gesellte sich eine wirtschaftliche Not, die von Tag zu Tag und von Stunde zu Stunde stieg. Es kam zu einem offenen Kampfe zwischen Bayern und der Reichsregierung. Schon der Bestand des Generalstaatskommissariats in Bayern bedeutete auf der ganzen Linie den Kampf gegen Berlin. Aus der ganzen Betätigung Kahrs mußten die Angeklagten die Ueberzeugung gewinnen, daß nur er die Person ist, die in Bayern noch etwas zu sagen hat. Ich komme nun zur Tat selber. Diese Tat setzt schon im Oktober ein. Es wurde nicht dagegen eingeschritten, so daß Hitler glauben mußte, das sei erlaubt. Es ist kein Zweifel, daß die drei Herren, welche sich anfangs etwas gesträubt haben, später ernstlich und aus innerster Ueberzeugung mitgetan haben. Da Kahr, Lossow und Seisser für ihren Konflikt in Anspruch nehmen, daß er nur politisch zu beurteilen ist und nicht strafrechtlich, darf für die Herren, die nur mitgetan haben, nichts anderes gelten. Aber auch nach meiner Beurteilung nach dem Strafgesetzbuch bin ich der Auffassung, daß ihnen eine Schuld nicht beigemessen werden kann. Nicht Hitler selbst hatte die Handlung begangen, wegen der er unter Anklage steht, sondern nur ein Zusammenarbeiten mit den drei Herren hat sie ermöglicht. Eine Verfassungsänderung als solche hat nicht stattgefunden. Es wurden weder die Republik selbst noch Einrichtungen der Republik beseitigt, es ist nur die Personenfrage erledigt worden. Hitler hat damals nicht daran gedacht, nach Berlin zu marschieren. Der Zug in die Stadt hatte lediglich den Zweck, in der Stadt eine Aeußerung darüber hervorzurufen, wie die Stimmung ist. Es gibt nur einen Antrag, und der lautet auf Freisprechung Hitlers. Der Vorsitzende vertagte hierauf die Sitzung auf Sonnabend vormittag ½9 Uhr.

Zusammenstoß mit Kommunisten.

Hamburg, 22. März. Gestern abend gegen 7 Uhr versuchten 3—4000 Teilnehmer an einer Kommunistenversammlung in geschlossenem Zuge nach der inneren Stadt zu ziehen. Als sich in der Kieler Straße die Beamten der Menge entgegenstellten, wurden sie unter aufreizenden Rufen aufs heftigste bedrängt, so daß sie von der Waffe Gebrauch machen mußten. Mehrere Personen sind verwundet, darunter ein Zivilist schwer.

Die französische Neuwahl am 11. Mai. Der französische Ministerrat hat das Datum der Neuwahl auf den 11. Mai festgesetzt.

Unreiner Teint
Pickel und Mitesser
verschwinden durch täglichen Gebrauch von
Dr. Jo Mayers
Capta-Cora-Creme
Hersteller: Dr. Jo Mayer, Wiesbaden
General-Depot: Donem & Co., Saarbrücken

PERLADIN die Grosse kostet 40 Goldpfennig

Schläuche für alle Zwecke in allen Weiten und Längen im Spezialgeschäft Gummi-Bieger, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Der Meister.

Ein Kriminalroman von Ludwig Kapeller.

13. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

IX.

Wiemann stand am Fenster und schaute auf die Straße hinunter: von dort drüben mußte sie kommen, aus der Erde herauf, die Stufen von der Untergrundbahn, dann quer über den Platz. Tausend Menschen kamen in jeder Viertelstunde da herauf und über den Platz; aber sie war nie darunter; tausend Menschen strömten an jedem Tag in das rote Gebäude, aber unter den tausend fand er niemals sie.

Er wartete nun schon vier Tage; jeden Morgen, wenn er sein Arbeitszimmer betrat, glaubte er, ganz sicher zu sein: heute wird sie kommen! Und jeden Abend war er aus diesem roten Backsteinkasten geschlichen, auer über den Platz, jene Stufen hinunter und hatte dabei die Stunden gezählt, bis er wieder am Fenster stehen würde und warten . . .

Er konnte sie einfach vorladen lassen; oder er konnte hinausfahren in die Wohnung, mit einer Verbeugung seine Marke vorweisen und um eine kurze Unterredung bitten: er hatte das Recht, sich mit ihr zu unterhalten; wenn er wollte, er brauchte nur eine höfliche Verbeugung zu machen, seine Marke zu zeigen: „Ich komme von der Kriminalpolizei!" . . .

Alles das konnte er tun; aber er tat nichts, sondern wartete.

Sie sollte von selbst kommen; freiwillig!

Wiemann lächelte trübe vor sich hin: freiwillig kam niemand in dieses Haus!

Sie sollte nicht in dieses Haus kommen, sie sollte zu ihm kommen.

Auch zu einem Kriminalkommissar kam man nicht freiwillig: es sei denn . . .

Wiemann wendete sich vom Fenster ab, stellte sich vor die Wand und starrte eine Tafel an, auf der die Diensteinteilung des Polizeipräsidiums bildlich dargestellt war: er ließ den Blick leer auf und nieder gleiten, dann murmelte er plötzlich: „Ich frage die Nummer B 9. Lieber B 9, du bist eine Nummer, weiter nichts. Und das andere, das du erwartest, will mit Nummern nichts zu tun haben, am wenigsten mit Nummer B 9: das braucht einen Menschen, einen ganzen Kerl, dessen Augen noch nicht trübe geworden durch den Anblick so vielen Schmutzes und Elends . . . Himmeldonnerwetter!"

Da ging die Tür auf, und Henriette Niedorf stand vor ihm.

Er wurde rot wie ein überraschter Taugenichts und fand nur schnell eine Geste zum Stuhl hin.

Henriette überlah diese Einladung und sagte: „Ich wollte Ihnen nur Bericht erstatten, Herr Kommissar."

Wiemann erkannte diese Stimme nicht wieder; sie war farblos und tonlos; als stände jemand hinter ihr und spräche für sie. Sie stand vor ihm, reglos wie eine Statue:

„Mein Vater wußte natürlich von nichts!"

Sie stand vor ihm, ganz dicht, und ihre Worte kamen aus einer weiten Ferne: es war wie ein undurchdringlicher Schleier über ihr; oder wie eine Glaswand zwischen ihnen: er sah sie, aber seine ausgestreckten Arme hätten sie nicht zu berühren vermocht: es war wie eine Glaswand zwischen ihnen . . .

Wiemann empfand schmerzlich die Entfernung, durch die seine Worte nicht zu ihr dringen würden; seine Kehle brach ihm zusammen, und seine Stimme war wie gebrochen:

„Ich danke Ihnen, Fräulein Niedorf!"

Sie schien zu warten, daß er noch irgend etwas sagte; aber die Enttäuschung saß ihm im Hals wie ein Knebel, er fand kein Wort, das sie hätte halten können.

Sie neigte leicht den Kopf und wandte sich zum Gehen; an der Tür jedoch schien ein Einfall sie aufzuhalten, und sie drehte noch einmal den Kopf:

„Uebrigens, Herr Kommissar, es würde mich interessieren, zu hören, was Sie mit Ihren Ermittelungen erreicht haben?"

„Es ist eigentlich nicht zulässig, gnädiges Fräulein . . ."

„Es war nur eine Frage," und sie legte die Hand auf die Türklinke.

Wiemann fieberte, sie mit einem freundlichen Wort zurückzuhalten:

„Aber ich bin gern bereit, gnädiges Fräulein, wenn Sie einen Augenblick Platz nehmen wollen?", und er wies noch einmal auf den Stuhl.

Henriettes Blick belebte sich: sie tat zögernd ein paar Schritte, dann setzte sie sich.

Wiemann holte eifrig ein Aktenbündel herbei, blätterte darin, und irgendeine Freude ließ seine Hände zittern:

„Wir glauben zu wissen, wer die Tat begangen hat: es ist wahrscheinlich eine, eine . . .", er scheute sich, das eindeutige Wort auszusprechen, „eine Bekannte des Verstorbenen, die um seinen Schatz gewußt hat."

„Einen Schatz?"

„Ja. Der Verstorbene bewahrte in seinem Tresor eine Menge Radium auf, deren Wert sich auf eine halbe Million Mark beläuft."

„Radium?" Die alte Lebhaftigkeit schien von Henriette wieder Besitz zu ergreifen.

„Dieses Radium stammte aus Frankfurt: dort war es . . . abhanden gekommen."

Henriette empfand die zarte Rücksichtnahme, mit der Wiemann seine Worte wählte, und unter den teilnehmend wachsamen Blicken, die er jedem seiner Worte folgen ließ, schmolz ihre schroffe Gezwungenheit.

„Und Sie sind nun der Tätern auf der Spur?"

„Wir wissen nur ihren Namen."

„Darf man den erfahren?"

„Es ist kein Geheimnis, Fräulein Niedorf, denn in den nächsten Tagen wird man überall ihren Steckbrief lesen: sie heißt Alma Hilter."

Die Nennung dieses Namens schien auf Henriette keinerlei Eindruck zu machen; das gab Wiemann den Mut, noch mehr zu sagen:

„Und wissen Sie, Fräulein Niedorf, daß der Abschiedsbrief, den Sie erhielten, gar nicht für Sie bestimmt war?"

Henriette blieb ganz ruhig: als seien ihre Gedanken schon andere Wege gegangen, weit fort aus diesem Zimmer, so fragte sie, tonlos, aus ihrer Ferne:

„Nicht für mich bestimmt?"

Es war keine Erschütterung in dieser Stimme, kaum eine innere Teilnahme: Wiemann sühlte wieder eine innere Wand aufwachsen: aber jetzt wußte er nicht, ob diese Fremdheit ihm zugekehrt war oder dem anderen, dem Toten; und hundert Fragen stürmten durch sein Hirn, ob seine Existenz in ihr nur lebte durch diesen „Fall Lani", oder ob er, Bernhard Wiemann, eine eigene, eine ganz persönliche Daseinsberechtigung hatte in ihrem Wesen . . .

„Dieser Brief war nicht für mich bestimmt?" wiederholte die Stimme, und es war ihm, als komme sie näher.

„Nein, Fräulein Niedorf: sehen Sie dieses Notizbuch, und dieses Papier," er trug es auf seinen Händen unter ihre Blicke, „dieser Brief ist ein Teil dieses Notizbuches, nicht wahr? Die Reißränder passen genau zueinander?"

Henriette nickte, und Neugier bob ihre Augen zu ihm auf.

„Dieses Notizbuch wurde in den Kleidern des angeblichen Selbstmörders Kurz gefunden. Der Brief muß also bereits in Frankfurt geschrieben worden sein."

In ihrem Gesicht malte sich neugieriges Staunen.

„Er hat in Frankfurt ähnlichen Zwecken gedient: es war ein erlogener Abschiedsbrief, um den Selbstmord vorzutäuschen oder glaubhafter zu machen."

„Und die Empfängerin? . . ."

„Hat ihn in Berlin von neuem benutzt, um . . ."

Henriette fieberte: „Und Alma Hilter war Lanks . . ."

Wiemann nickte schweigend. Er hatte einen Schrei erwartet; oder einen Zusammenbruch. Aber Henriette zitterte nur, und dieses Zittern war nicht die Erregung eines liebenden Weibes: das war Wut, zitternde Wut. Ganz heimlich und still klammerte er sich an den Gedanken: sie hat ihn nicht geliebt!

Henriette ließ den Schleier über ihre Augen niedergleiten: langsam erhob sie sich, und in einer plötzlichen Ergriffenheit streckte sie Wiemann die Hand hinüber: er nahm sie ganz behutsam, und wieder senkte er den Kopf tief nieder, daß seine Lippen fast ihre Haut berührten . . .

Dann stand sie am Fenster und wartete, daß sie aus dem Hause trete: er sah ihre schlanken Schritte über den Platz schweben, umarmte die biegsame Gestalt mit seinen Blicken, sah, wie sie den zierlichen Fuß auf die erste Stufe setzte, wie sie sank, immer tiefer, bis die dunkle Erde sie verschlungen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Wie bringen Sie
es fertig, liebe Frau Schmitz, trotz der schrecklichen Teuerung sich und Ihre Kinder immer so elegant zu kleiden? Sehr einfach; ich färbe alles selbst nur mit den weltberühmten Heitmann's Farben, Marke Fuchskopf im Stern.
Heitmann's Farbe spart den Färber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240323014/fragment/page=0002